



Aufrufe zum 1. Mai 2014

Libertäres Forum Bonn

Inhalt

Heraus zum libertären 1.Mai [Aufruf der ASJ-Bonn]	S. 3-4
Refugees Welcome - Ein paar Gedanken zum 1.Mai	S. 4-5
Heraus zum libertären 1.Mai [Aufruf Phoenix/LUST]	S. 5-8
The future is still unwritten [Aufruf LiZ]	S. 8-9
Mehr als nur Gewerkschaft! [FAU Bonn]	S. 9-10

Heraus zum libertären 1. Mai 2014 [Aufruf der ASJ-BN]

„Die Zeit wird kommen, wo unser Schweigen stärker ist, als die Stimmen, die Sie heute erdrosseln.“

August Spies, hingerichtet im November 1887

Es wird mal wieder Zeit auf die Straße zu gehen, der erste Mai steht vor der Tür. Da lässt sich jetzt die Frage stellen, warum eigentlich sollte mensch das eigentlich noch machen? Ist das nicht ein völlig abgedroschenes altes Ritual?

Die Geschichte des ersten Mai als Kampftag der Arbeiterklasse begann mit einem nie aufgeklärten Bombenanschlag während einer Demonstration am 4. Mai 1886 in Chicago. Dieser Anschlag wurde als Rechtfertigung herangezogen um gegen sieben Anarchisten, die nachweislich nichts mit dem Anschlag zu tun hatten, die Todesstrafe zu verhängen. Die Begründung war das der Bombenanschlag aufgrund der Ideen der Männer verübt worden wäre und das sie daher ebenso schuldig seien wie der eigentliche Täter. Ob die Bombe nur aufgrund dieser Ideen geworfen wurde, oder vielleicht auch weil die Polizei am Tag zuvor bei der Auflösung eines Streiks sechs Arbeiter erschossen hatte, lässt sich nicht mehr klären. Der Richter der die Todesurteile verkündete war wohl der Meinung, dass bestimmte Ideen gefährlicher sind als jede Bombe.

Es sind eigentlich nur ein paar einfache Ideen die so gefährlich sind: Die Idee, dass Menschen frei und selbstbestimmt zusammen leben können, die Idee, dass Herrschaft uns die Menschlichkeit raubt, egal ob wir herrschen oder beherrscht werden und die Idee, dass jeder Mensch das Recht auf ein Leben in Würde hat.

Aber sind diese Ideen heute noch Relevant? Leben wir nicht in einem demokratischen Rechtsstaat der unsere Freiheiten garantiert? Hat sich die Welt in fast 140 Jahren nicht grundsätzlich verändert?

Aus diesen Ideen ergeben sich Forderungen die das konkrete Leben betreffen. Wir können also die Forderungen von damals mit der Situation heute vergleichen. Eine der zentralen Forderungen 1866 in Chicago war der acht-Stunden Tag, der Versuch sich ein bisschen Freizeit zu erkämpfen. Heute geht die Entwicklung nicht in Richtung weniger Arbeit für alle, sondern im Gegenteil; wir sollen immer noch eine Schippe draufwerfen, noch ein bisschen mehr leisten in der Schule, im Job und in der Uni. Selbst wenn wir arbeitslos sind, werden wir zu völlig sinnentleerten Maßnahmen abkommandiert. Wir könnten das Arbeiten ja verlernen und uns am Ende selbst ausdenken was wir mit unserer Zeit anfangen. Dieses Regime von Disziplinierung und Kontrolle ist ein permanenter Angriff auf die Würde jedes einzelnen. Denn was uns aus jeder Bewerbung, jeder Gehaltsabrechnung, jedem Zeugnis und jedem Schreiben von der ARGE entgegenschreit ist doch das Folgende: „Du bist kein Mensch, du bist ein Rädchen in einer Maschine. Du bist nur ein Mittel zum Zweck.“ Der Zweck zu dem wir alle nur Mittel sind ist die Profitmaximierung. Der völlig sinnentleerte Zwang zur Kapitalverwertung. Das ist heute noch genau so wie vor hundertvierzig Jahren. Wir gehen am 1. Mai nicht für alte angestaubte Organisationen auf die Straße, nicht für die eine große Ideologie und auch nicht für Männer mit langen Bärten die schon seit mehr als hundert Jahren tot sind.

Wir gehen für unsere Ideen auf die Straße, für unsere Freiheit und für unsere Würde. Weil dafür immer wieder neu gekämpft werden muss und weil dies eine Reise ist, die nie zu Ende geht. Wir gehen dafür auf die Straße, dass immer wieder neu gefragt wird ob

Menschen nicht besser leben können. Und wir erinnern uns an die, die vor uns denselben Kampf gekämpft haben.

Um es mit den Worten von August Spies zu sagen, der vor fast hundertvierzig Jahren für seine Ideen hingerichtet wurde:

„Man kann nicht ewig wie ein Stück Vieh leben!“

Kommt am 1. Mai um 14.00 Uhr zur libertären Demo am Kaiserplatz und danach um 16.00 Uhr zum Straßenfest am Frankenbad!



Refugees Welcome Bonn - Ein paar Gedanken zum 1. Mai

Derzeit lässt sich eine erschreckende Diskrepanz feststellen zwischen der seit Monaten andauernden öffentlichen Berichterstattung über steigende Zahlen von Menschen, die etwa in Deutschland Asyl suchen, aber auch von Menschen, die bei ihrer Überfahrt nach Europa im Mittelmeer ertrinken, und einer offiziellen Politik, die weitermacht wie bisher. Das bedeutet den Ausbau der Festung Europa durch eine immer restriktivere Abschottung der EU-Außengrenzen sowie die Degradierung von hier lebenden Geflüchteten zu Menschen zweiter Klasse, die sich im Leben am oder unter dem absoluten Existenzminimum, der alltäglichen Gängelung und Schikane durch Behörden und insbesondere durch die Polizei sowie durch systematische Ausgrenzung festmachen lässt.

Die Interessenorganisationen der ArbeitnehmerInnen, d.h. die Gewerkschaften oder zumindest deren fortschrittlichere Teile, haben sich einst die Solidarität auf ihre Fahnen geschrieben. Solidarität mit Genossinnen und Genossen, die aus unterschiedlichen Gründen in ihren Betrieben benachteiligt werden, Solidarität mit Streikenden und auch die internationale Solidarität mit Arbeiterinnen und Arbeitern in aller Welt. Grundlage dessen ist die Erkenntnis, dass der Kampf um Rechte, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne nicht an nationalen Grenzen halt machen darf und dass Lohnabhängige sich nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfen, wenn sie ihre Forderungen auch langfristig durchsetzen wollen. Leider ließ sich in der Vergangenheit beobachten, wie dieses Prinzip zugunsten kurzfristiger Erfolge einzelner Gruppen oder – und dies gilt insbesondere für Deutschland – einer nationalen Standortlogik ausgehebelt wurde. Während die Gewerkschaften ihrer Idee nach Organisationen des institutionalisierten Klassenkampfes sein sollten, ließ sich in Deutschland seit langem schon ein anderes Modell beobachten: das der so genannten Sozialpartnerschaft. Während es im Klassenkampf um das konfrontative Streiten für die Interessen von Lohnabhängigen geht, versteht man unter Sozialpartnerschaft ein Modell, in dem Vertreter von Arbeitnehmerverbänden, Staat und Arbeitgeberorganisationen gemeinsam und oft hinter verschlossenen Türen verhandeln – zum Wohl eines vermeintlichen großen Ganzen. Dass dies alles andere als groß zu nennen ist und sich in der Regel nicht weiter als auf die Enge nationaler Grenzen erstreckt, liegt auf der Hand - gilt es doch, das „beste“ Ergebnis für den eigenen Wirtschaftsstandort zu erzielen. Dem gegenüber ist das klassische Instrument gewerkschaftlichen Klassenkampfes, der Streik, ein kollektiver Akt der Solidarisierung von Lohnabhängigen untereinander, der sich, wenn er auch langfristig erfolgreich sein will, solchen Grenzziehungen enthebt.

Umso befremdlicher wirkt vor diesem Hintergrund etwa der Streit, der in der Gewerkschaft ver.di ausbrach, nachdem etwa 300 so genannter Lampedusa-Flüchtlinge in Hamburg um ihre Aufnahme in die Organisation ersucht hatten. Was dem Gebot der Solidarität folgend eine Selbstverständlichkeit sein sollte, wurde zum Problem gemacht. Die Geflüchteten, die über keine Aufenthaltsgenehmigung in der BRD verfügten, seien nicht als Erwerbslose zu betrachten, hieß es von den Gegnern der Aufnahme. Allein die Tatsache, dass eine solche Diskussion stattfinden muss, ist ein Armutszeugnis für eine Gewerkschaft, die sich immer noch öffentlich auf das Solidaritätsprinzip beruft. Nichtsdestotrotz begrüßen wir natürlich die Bemühungen jener emanzipatorischen GewerkschafterInnen, die sich für die Aufnahme der Geflüchteten einsetzen.

Der 1. Mai gilt als der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. Der Zwang zur Lohnarbeit besteht grenzübergreifend und kennt kein Heimatland und keine nationale Zugehörigkeit; dies sollte sich auch im Bewusstsein der von ihm betroffenen Menschen widerspiegeln. Dass ein solches Bewusstsein jedoch heute leider keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellt, deutet an, wie lang der Weg noch ist, der vor uns liegt. Zum einen sind Menschen aufgrund existenzieller Bedrohungen durch regressive, autoritäre Regime und Bewegungen gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen, um in anderen Ländern Schutz zu suchen.

Zum anderen ist die massenhafte Existenz so genannter Wirtschaftsflüchtlinge, denen in den westlichen Industrienationen pauschal das Recht auf Asyl verwehrt wird, ein unmittelbares Ergebnis weltweiter kapitalistischer Vergesellschaftung sowie der Wirtschafts- und Geopolitik eben jener reichen Nationen. Es ist endlich an der Zeit, diese Tatsache anzuerkennen und ihr in politischen Forderungen Ausdruck zu verleihen. Wir wünschen uns eine Welt ohne Grenzen, in der alle Menschen dieselben Rechte und dasselbe Maß an gesellschaftlicher Teilhabe genießen, in der niemand hungern, frieren oder verdursten muss, eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg, eine Welt ohne rassistische, sexistische oder anders motivierte Benachteiligung: eine Welt, in der jeder Mensch ohne Angst verschieden sein kann.



Heraus zum libertären 1. Mai! [Aufruf Phoenix/LUST]

Der 1. Mai ist der Kampftag der Arbeiter_innenbewegung und der Sozialist_innen. Trotz des Scheiterns dieser Bewegungen ist es richtig, an diesem Tag auf die Straße zu gehen und damit zu zeigen, dass das Ende der Geschichte mit dem Kapitalismus nicht erreicht ist, nicht erreicht sein darf. Dabei gilt es aus unserer Sicht allerdings, einige Einschränkungen zu beachten.

Wenn wir auch dieses Jahr wieder dazu aufrufen, sich mit Genoss_innen zu treffen und am 1. Mai gegen Kapitalismus und Herrschaft zu demonstrieren, dann tun wir dies nicht ohne Vorbehalt. Denn der 1. Mai ist traditionell der Kampftag der Arbeiter_innenbewegung, doch diese Bewegung gibt es in Deutschland nicht mehr oder nur noch in traurigen Verfallsformen. Mit dem 1. Mai 1933 hatte eine Entwicklung ihren Höhepunkt erreicht, im Zuge derer jegliche emanzipatorische Ziele, für die diese Bewegung einmal gestanden hatte, fallen gelassen oder in ihr Gegenteil verkehrt worden waren. Es war der Tag, an dem die Bereitwilligkeit der überwiegenden Mehrheit der deutschen Arbeiter_innen, sich an der

Konstituierung der Volksgemeinschaft zu beteiligen und die menschenverachtende Nazi-Ideologie mitzutragen, offensichtlich wurde. Die Nazis waren es, die den 1. Mai zum Feiertag erklärten, an dem dem „deutschen Arbeiter der Faust“ gehuldigt wurde, der sich täglich klein und den Rücken krumm machte, damit Deutschland stark wird. Damit wurde den Arbeiter_innen, die laut Marx' Analyse keinen Platz in der bürgerlichen Gesellschaft und deshalb das Potential zur Sprengung dieser Gesellschaft gehabt hatten, ein solcher Platz zugewiesen, sie wurden integriert – in die Mordgemeinschaft der Deutschen.

Die in der Arbeiter_innenklasse vorherrschende Ideologie hatte Staat, Nation und Volk nicht als menschenfeindliche Zwangskollektive verdammt, sondern diesen Konzepten mit der Idee des Volkes und der Volkssouveränität Vorschub geleistet, die nur noch zur Volksgemeinschaft umgedeutet werden mussten. „Nationale Befreiung“ galt vielfach als Voraussetzung der sozialen Revolution: Insbesondere in Deutschland hetzten auch die Sozialdemokrat_innen und Kommunist_innen gegen den „Zwangsfrieden von Versailles“, der als imperialistische Unterdrückung Deutschlands gedeutet wurde. Die sozialistischen Führer_innen hatten auf einfache Propaganda gesetzt, nicht auf eigenständiges Denken. Die Sozialdemokrat_innen hatten die Arbeiter_innen über die Gewerkschaften in die Sozialpartnerschaft geführt, in der es an der Seite der Unternehmer_innen für einen reibungslosen Ablauf der Produktion zu sorgen galt. Die Kommunist_innen hatten die Arbeiter_innen den Kapitalismus nicht als das anonyme, apersonale Herrschaftsverhältnis zu begreifen gelehrt, das er längst war und noch heute ist. Sie hatten den Arbeiter_innen vorgemacht, den Kapitalisten zu hassen anstatt ihren Zorn auf die Gesellschaftsordnung zu richten, in der sie lebten und unter der sie litten. Das alte manichäische Feindbild des Kapitalisten durch das des raffgierigen Juden zu ersetzen, der sich ohne Skrupel und ohne eigene Arbeit an ihnen bereicherte, war von da aus nur noch ein kleiner, wenn auch entscheidender Schritt. Alle Strömungen der Arbeiter_innenbewegung hatten sie gelehrt, die Lohnarbeit nicht als würdelose, fremdbestimmte Tätigkeit zu deuten, sondern als Quelle ihres Stolzes, die sie erst zu dem machte, worauf sie stolz waren: ein_e Arbeiter_in zu sein, und dazu noch ein_e deutsche_r. Sie hatten ihnen Lassalle, Bebel, bei den Sozialdemokrat_innen später Ebert, bei den Kommunist_innen Lenin, Stalin und Thälmann als starke Führer präsentiert, auf deren entschlossenes Handeln es eher ankäme als auf die selbstbestimmte Macht der aufgeklärten und zur Emanzipation entschlossenen Massen, die von diesen Führern nur noch geleitet und zur Erlösung geführt werden müssten. Entgegen ihrer Absicht und trotz der erbitterten Feindschaft, die die sozialistischen Bewegungen von Beginn an mit Faschismus und Nationalsozialismus verband, hatten sie die deutschen Arbeiter_innen auf ihre Rolle in der Volksgemeinschaft vorbereitet. Der Grund hierfür liegt in einer unzureichenden Analyse der kapitalistischen Gesellschaft.

Auch nach der militärischen Niederlage der Volksgemeinschaft verschwand die ihr zugrundeliegende Ideologie keineswegs, die Arbeiter_innenklasse kehrte nicht als revolutionäres Subjekt zurück. Anstatt sich den Verbrechen zu stellen, blieb die Arbeiter_innenklasse in sozialdemokratischer und parteikommunistischer Tradition verhaftet. Zu stark war auch das Denken in betriebsgemeinschaftlichen Kategorien und das Versprechen steigenden Wohlstands, das die Sozialpartnerschaft in Westdeutschland gab und über einige Jahrzehnte auch erfüllte. Und zu schwach war die Strafe für die Täter_innen, die doch gegen die neuen Feinde des Kalten Krieges auf dieser wie auch auf jener Seite des Eisernen Vorhangs gebraucht wurden, als dass dies eine bleibende geschichtliche Lehre hätte sein können, aus der die Deutschen wenigstens geschlossen hätten, dass es sich nicht lohnt, die Welt unterjochen zu wollen, weil die Folgen zu schwerwiegend sind.

Dennoch haben die Sozialist_innen jeder Couleur weiter den 1. Mai gefeiert, haben die Tradition ihrer Bewegung, der Arbeiter_innenbewegung, beschworen, als wäre nichts gewesen.

Aber es gab da auch immer den anderen Pol: Immer wieder hatte sich der beste Teil der Arbeiter_innenklasse und der sozialistischen Bewegungen als resistent gegen die Versuche erwiesen, sie in den Dienst der Herrschaft einzuspannen. Sie hatten sich geweigert, sich gegen die Arbeiter_innen anderer Länder in die Schützengräben werfen zu lassen. Für die Kommunist_innen gehört der „Klassenverrat“, den die sozialdemokratischen Führungen in allen Ländern mit Ausnahme Italiens begangen hatten, als sie entgegen den Beschlüssen der Sozialistischen Internationale an der Seite ihrer Regierungen in den ersten Weltkrieg marschierten, zum Gründungsmythos ihrer Bewegung. Erst im Widerspruch gegen den Weltkrieg trennten sich die revolutionären Kommunist_innen von der Sozialdemokratie, die längst in der bürgerlichen Gesellschaft und in der Betriebsgemeinschaft angekommen war. Im Widerspruch gegen ihre Theorie der Kaderpartei, der starken Männer und Frauen, die die Arbeiter_innen leiten mussten, trennte sich von ihnen selbst wiederum die rätekommunistische Bewegung, die auf die Selbstbestimmung der Arbeiter_innen setzte und keine Herrschaft innerhalb der Bewegung selbst erdulden wollte. Aber auch sie konnten noch nicht vom Bild des starken Arbeiters lassen, der mit eisernen Muskeln das kapitalistische Ausbeutungssystem zerbrechen würde.

Wenn wir am 1. Mai auf die Straße gehen, dann muss klar sein, dass wir uns nicht ungebrochen in die Tradition der Arbeiter_innenbewegung stellen können. Wir müssen unsere unversöhnliche Haltung zu allen antiemanzipatorischen Haltungen zum Ausdruck bringen, für die diese Bewegung eben auch stand. Die Verehrung des Arbeiters als Arbeiter, traditioneller Bestandteil der Maifeierlichkeiten, löst bei uns allenfalls Übelkeit aus. Stattdessen müssen wir betonen, dass es ein elender Zustand ist, ein_e Arbeiter_in zu sein und des Menschen nicht würdig. Staat, Nation und Volk müssen als menschenfeindliche Zwangskollektive kritisiert werden, die die Arbeiter_innen in eine Ordnung der Ausbeutung zwingen, deren Herr das Kapital ist, ein automatisches Subjekt, das dem Leid und Elend der Menschen gegenüber indifferent ist und dessen einziges Anliegen es ist, sich verwerten zu können. Genauso gilt es aber auch, jeder sogenannten „verkürzten Kapitalismuskritik“, die in Wirklichkeit nicht verkürzt, sondern einfach falsch ist, den Kampf anzusagen. Hetze gegen „die da oben“, das führt nicht zur Befreiung, sondern im schlimmsten Falle zum Pogrom. Und selbst wenn sie nicht zum Pogrom führt, sondern nur in sozialdemokratisches Einverständnis mit der Ordnung oder autoritär-kommunistischen, scheinradikalen Antiimperialismus, dann ist das kein Schritt in Richtung allgemeiner Emanzipation.

Und nicht zuletzt gilt es, sich in die Tradition derjenigen zu stellen, die als Dissidenten der Arbeiter_innenbewegung immer wieder bewiesen haben, dass auch in dunklen Zeiten helle Gedanken gedacht werden können und die in dieser Haltung in Widerspruch zur Mehrheit der sozialistischen Arbeiter_innenbewegung gerieten, von dieser oft genug ausgegrenzt und angefeindet.

Die herrschende Ordnung jedenfalls ist so elend, dass wir nicht sein können, ohne ihr den Kampf anzusagen. Heraus zum libertären 1. Mai!



The Future is still unwritten [Aufruf LiZ]

Für den ersten Mai 2014 mobilisiert das libertäre Forum Bonn, wie im vergangenen Jahr, zu einer Demonstration.

Wir wollen in einem eigenen Block auf der Demo lautstark und entschlossen unserer Forderung nach einem vergesellschafteten, öffentlichen Raum, der allen gehört, Nachdruck verleihen.

Das Recht auf Stadt ist nur dann etwas wert, wenn es für alle Menschen gilt. Recht auf Stadt bedeutet, dass alle Menschen ausnahmslos entscheiden können, wo und wie sie leben möchten – in welchem Viertel, welcher Stadt, in welchem Land und auf welchem Kontinent. Ob sie in Mietwohnungen leben, eine autonome Lebensform gewählt haben oder aus ihrer Heimat geflohen sind. Egal wie lange sie schon hier sind oder woher sie kommen.

Wohnraum besetzen, bewohnen, vergesellschaften!

Nicht nur auf den Straßen der Viertel wird die soziale Spaltung der Stadtbewohner_innen immer deutlicher: Die einen residieren in millionenschweren Villen, die anderen in Bruchbuden, die sie sich vom Mund absparen müssen, und die Menschen, nach denen keiner fragt, in Lagern oder auf der Straße. Wenn Vermieter_Innen und Immobilienunternehmen ihre Wohnungen nicht mehr an Personen mit „ausländisch“ klingendem Namen vermieten, verweist dies darauf, dass auch der Wohnungsmarkt von institutionellem Rassismus geprägt wird.

Deshalb reicht es nicht, ein paar tausend neue Wohnungen zu bauen. Wir müssen die nationalistisch-kapitalistische Organisation grundlegend in Frage stellen! Für uns heißt das, Häuser und Wohnungen als Allgemeingut zu begreifen, Wohnraum unter die Kontrolle seiner Nutzer_Innen stellen zu wollen und neue gesellschaftliche Regelungen für die Vergabe von Wohnraum zu entwickeln – jenseits von Eigentumslogik.

Leerstand besetzen, beleben, vergesellschaften!

Nicht nur an den Ruinen alter Industriegebäude wird deutlich wie viele räumliche Ressourcen in Bonn vor sich hin verfallen. In allen Teilen der Stadt gibt es Gebäude, die sich für Stadtteilzentren, libertäre oder autonome Zentren eignen und nur auf eine Nutzung warten, um dem Zahn der Zeit zu entkommen.

Für Eigentümer_innen und die öffentliche Hand ist es finanziell attraktiver Immobilienflächen brach liegen zu lassen, während Künstler_Innen, Kulturschaffende und Aktivist_Innen nach Räumen suchen welche für eine Nutzung offen stehen.

Dies steht in krassem Gegensatz zu einer Idee von Stadtentwicklung, die die Bedürfnisse aller Bewohner_innen im Blick hat und diesen Raum gibt.



Verwertungslogik überwinden, Alternativen leben!

Einige günstige Wohnungen, eine freundlichere Innenstadt, einzelne nicht-kommerziell funktionierende Zentren: sie sind ein Anfang, aber noch lange nicht genug.

Gemeinsam, im Bewusstsein über Verschränkungen und in Solidarität mit anderen sozialen Kämpfen – ob antifaschistischen, antisexistischen, antihomophoben... - wollen wir Perspektiven auf alternative Lebens- und Gesellschaftsformen eröffnen und entwickeln. Unkommerziell organisierte Räume, egal ob Wohn- oder Kulturraum, stellen dabei eine Möglichkeit dar auf aktuelle Entwicklungen bzw. Stillstände zu reagieren, Kämpfe weiter zu entwickeln; sich untereinander und auf Augenhöhe zu vernetzen.

Her mit den libertären Zentren!

Lasst uns Inseln schaffen, diese miteinander verbinden, sie als Ausgangspunkt nutzen; um für das schöne Leben und die befreite Gesellschaft einzustehen.

Auf die Straße, in die Häuser! Für die soziale Revolution!



Freie Arbeiterinnen- & Arbeiter-Union: Mehr als nur Gewerkschaft!

selbstorganisiert

Bei uns trifft ausschliesslich die Basis selbst die Entscheidungen. Jedes Mitglied kann sich aktiv einbringen und die Gewerkschaftsarbeit mitbestimmen.

Forderungen werden von denen entwickelt, die sie auch betreffen.

Delegierte werden aus den eigenen Reihen bestimmt. Sie sind bei der Ausführung von Beschlüssen an den Willen der Basis gebunden und können jederzeit abgewählt werden.

Wir bilden Basisgruppen, die über ihre Forderungen und Kämpfe selbst entscheiden.

solidarisch

Wir orientieren uns an den Bedingungen vor Ort und den Bedürfnissen unserer Mitglieder. Unsere Strukturen sind für alle Mitglieder transparent, basisdemokratisch und selbstbestimmt. Es gibt keine Führungsgremien oder hauptamtlichen Funktionäre. AmtsträgerInnen dürfen nicht eigenmächtig handeln oder den Willen der Basis übergehen. Wir kämpfen gemeinsam und unterstützen einander - auf allen Ebenen und über alle staatlichen Grenzen hinweg.

kämpferisch

Durch die Vermeidung von Funktionsapparaten und durch unsere Basisstrukturen sind wir flexibel und können uns auf konkrete Situationen schnell einstellen.

Die Unterstützung unserer Mitglieder ist schnell und direkt. Dabei setzen wir auf die Mobilisierbarkeit aller Mitglieder und auf direktes und solidarisches Handeln.

Durch die Förderung eigeninitiativen Handelns sammeln die Mitglieder vielfältige Erfahrungen und eignen sich Kenntnisse an, die ihnen helfen können, ihre speziellen und spezifischen Forderungen und Vorstellungen zu verwirklichen.

Hauptamtliche FunktionsträgerInnen werden dadurch überflüssig.

eine unabhängige Gewerkschaft

Wir sind unabhängig von Parteien, Kirchen und Staat. Wer von der Arbeit anderer Menschen lebt, kann nicht Mitglied der FAU sein. Mitglieder, die Ämter bei politischen Parteien oder Religionsgemeinschaften bekleiden, können in der FAU zwar Mitglieder sein, aber keine Funktionen als Delegierte übernehmen.

Wir wollen offensive Gewerkschaften, die sich nicht nur mit bloßen Lohnforderungen beschäftigen, sondern für eine gesamtgesellschaftliche Perspektive kämpfen.

umfassend und föderalistisch

Unsere Mitglieder organisieren sich nach Betrieben, Branchen und Orten. Gruppenegoismen aber wollen wir vermeiden. Alle Gewerkschaftsgruppen sind deswegen föderalistisch miteinander verbunden und arbeiten im Geiste der Solidarität zusammen.

Wir sind auch international aktiv und pflegen den Austausch mit anderen Basisgewerkschaften auf der ganzen Welt.

Die gegenseitige solidarische Unterstützung ist sehr effektiv - bundesweit und international!

kämpferisch und zukunftsorientiert

Wir kämpfen energisch für konkrete Verbesserungen unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen, bleiben dabei aber nicht stehen. Durch die Zusammenführung und Ausweitung von (Klassen-) Kämpfen wollen wir dazu beitragen, auch gesamtgesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Zum Ziel haben wir eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf kollektiver, basisdemokratischer Selbstverwaltung basiert.

Was bieten wir?

Zunächst den Austausch über unsere Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Vermittlung von Erfahrungen.

Wir leisten praktische Unterstützung bei Konflikten, helfen bei der Organisation, können Druck machen, Solidarität und Öffentlichkeit herstellen.

Mitglieder erhalten jegliche Hilfe im Rahmen unserer Möglichkeiten, z. B. Unterstützung bei Arbeitsrechtsprozessen, Arbeitskämpfen usw.

Niemand wird alleingelassen!

Hoch die internationale, klassenkämpferische Solidarität!

Du willst mitmachen?

Dann informiere dich unter:

<http://www.fau.org>

Gruppen

Anarchistisch Syndikalistische Jugend Bonn

<http://asjbonn.blogspot.de/>

Demosanigruppe Bonn/Rhein-Sieg

<http://www.demosanisbonn.de/>

Freie ArbeiterInnen Union Bonn

<http://www.fau-bonn.de/>

Gruppe Phoenix

<http://phoenix.blogspot.de/>

Junge Antifa Siegburg

<http://afasgb.blogspot.de/>

LiZ Kampagne für ein libertäres Zentrum

<http://liz-bonn.tk/>

LUST - Liste undogmatischer StudentInnen

<http://lust.blogspot.de/>

refugees welcome [Bonn]

<http://welcome.blogspot.de/>

Tierrechtsgruppe Bonn

<http://ti-bo.org/>

